

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Bismarcktag 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Anzeigen für Inf. Annahme:
Otto Klemm, Hauptstadtstr. 22,
Louis Köhler, Rothemannstr. 18, p.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Fracht 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Inserat 5 Gelp. Zeitzeile 20 Pf.
Werbiger zahlen laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabaksteuer
nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Zusätze sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

№ 14.

Montag den 14. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Bestehender Bescheid gemäß haben diejenigen, welche auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen Trottoirs anzuordnen beabsichtigen, zuvor die **obrigkeitliche Erlaubnis** dazu nachzusuchen und weitere Vorschriften insbesondere auch darüber zu erwarten, in welcher Breite und Höhe die Trottoirs anzuordnen sind und welche etwa zu treffenden besonderen Einrichtungen sowohl wegen der Lage von Gas- und Wasserleitungen, als auch in Rücksicht auf Brunnen, Kelleröffnungen, Weischleusen, Falltreppeneinrichtungen, Straßeneinbauten, Schutzeinrichtungen und dergl. in Obacht zu nehmen sind.

Wir bringen hierdurch diese Vorschriften mit dem Bemerkten in Erinnerung, daß diejenigen, welche ohne die obgedachte obrigkeitliche Genehmigung oder den allgem. Bes. den ihnen ertheilten besonderen Bescheid jenseitig die Trottoirarbeiten ausführen oder ausführen lassen, gemäß § 367, 15 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft zu bestrafen sind, übrigens die etwa ordnungswidrig ausgeführten Anlagen zu beseitigen und in vorchriftsmäßigen Stand zu setzen, im Falle der Verweigerung und Verhinderung aber sich zu genötigen haben, daß Solches auf ihre Kosten obrigkeitlich vorgenommen wird.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georai. Dr. Reidel.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 13. Januar.

In Sachen der Kanzlerkrisis mahnt die „National. Corr.“ zur Geduld. Es liege ja doch auf der Hand, daß der in Bazarin unternommene Versuch, zwischen dem Reichsfanzler und der Majorität der Reichsvertretung eine Verständigung über die Grundzüge der in Reich und Staat unerlässlichen Organisations- und Reformarbeit zu Stande zu bringen, nicht von einem Tage zum andern zu einem endgültigen Ergebnis in der einen oder der andern Richtung führen könne. Und ebenso begreife sich, daß es im besten Falle zwecklos sein würde, die Einzelheiten der betreffenden Verhandlungen in diesem Augenblicke an die große Glocke zu hängen. Man werde den führenden Männern der nationalliberalen Partei genugsam vertrauen, daß sie Lust hätten, eine Art Cabinetspolitik zu treiben. Ihre Haltung in der gegenwärtigen entscheidenden Zeit werde dem öffentlichen Urtheile rechtzeitig genug unterbreitet werden. Bis dahin dürfen sie mit Recht erwarten, daß man ihre Schritte mit demjenigen Betrage, welcher sich seit langen Jahren auf ihren hervorragenden Posten gestellt hat. — Im Anschluß hieran veröffentlicht die genannte Parteicorrespondenz folgende Mittheilung: „Die Zeitungen fahren fort, über die Bazariner Besprechungen der Weihnachtstage und die damit im Zusammenhange stehenden Vorgänge die verschiedenartigsten Enthüllungen zu bringen. Neuerdings sind auch die Verhandlungen, welche Dienstag Abend in der nationalliberalen fraction stattgefunden haben, Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit der Presse geworden. Man wird gut thun, an die Mittheilungen, welche hierüber in den Zeitungen umlaufen, denselben Maßstab anzulegen, wie an die Nachrichten über die Bazariner Besprechungen. Es ist zunächst unrichtig, daß die in Berlin wohnenden nationalliberalen Mitglieder des Reichstags zu der erwähnten Sitzung der fraction eingeladen worden und erschienen seien, unrichtig ferner, daß der fraction bestimmte, auf die gegenwärtige Situation bezügliche Vorschläge gemacht worden seien, welche dem Fürsten Bismarck unterbreitet werden sollen, unrichtig schließlich, daß irgend welche besondere Personalfragen im Anschluß an die Bazariner Besprechungen besprochen worden seien. Richtig ist nur, daß in der erwähnten Sitzung der nationalliberalen fraction über die gegenwärtige politische Situation im deutschen Reiche wie in Preußen und die Haltung, welche die liberale Partei in derselben anzunehmen haben werde, eine vertrauliche Verhandlung stattgefunden hat. Erfreulicherweise hat sich dabei, wie uns versichert wird, eine vollständige Uebereinstimmung unter allen Mitgliedern der Partei herausgestellt über das, was der Partei unter den obwaltenden Umständen zu thun und zu unterlassen obliegt. Einig war man auch darüber, daß der gegenwärtige Zustand sowohl im Reiche wie in Preußen ein gänzlich unhaltbarer sei, und daß seine Fortdauer eine schwere Schädigung namentlich des deutschen Reiches herbeiführen müsse. Der „Hannov. Courier“ führt aus, daß der preussische Gesandtenwurf über Erhöhung der Tabaksteuer nicht das Project des Reichsfanzlers sei; er schreibt:

„Mehreren Blättern wird aus Berlin gemeldet, nämlich des preussischen Tabaksteuerprojectes, dürfte schon im Bundesrathe ein Antrag auf Einführung des Tabakmonopols gestellt werden, dem es auch innerhalb der preussischen Regierung vielleicht nicht an Unterstützung fehlen würde.“ — Bisher ist durchaus nicht unmöglich, obgleich das preussische, vom Finanzminister Camphausen angelegte Project ein so wenig umfassendes ist, daß seine Einführung die Einführung des Monopols nicht angeht; aber die Absicht des Finanzministers, die Tabaksteuer nur so weit zu erhöhen, daß eine Erhöhung der Matricularbeiträge vermieden wird, hat eben sehr wenig mit dem Gedanken gemein, jene Steuerfrage zu einer Finanzreform im Reiche und in Preußen zu benutzen. Eine wenig belangreiche Vergrößerung der Einnahme vom Tabak, wie Herr Camphausen in gewohnter Selbstbeschränkung auf einen ganz naheliegenden Hock, in gewohnter Abweisung umfassender Gedanken sie plant, würde nicht viel weniger Anlaß zu agitatorischer Ausbeutung geben, als das umfassendere, dem Reichsfanzler zugeschriebene Project — aber keinen Gesichtspunkt darbieten, welcher

mit der miltlichen Nothwendigkeit, mehr bezahlen zu müssen, verträglich wäre. Dazu kommt noch ein Anderes: die bei der Tabaksteuerung in Betracht zu ziehenden landwirthschaftlichen, industriellen und handelsverhältnißmäßigen, je nach der Höhe des Ertrages, den man erzielen will, mit Nothwendigkeit verschiedene Formen der Besteuerung; das Camphausen'sche Project, B. wird trotz seiner Bescheidenheit die Umwandlung der jehigen, von den Tabakbauern zu entrichtenden Morgensteuer in eine Gewichtssteuer nothwendig machen, die der Rohstoffhändler, resp. der Fabrikant zu bezahlen hat; und eine spätere, noch umfassendere Heranziehung des Tabaks, wie sie in allen großen Culturstaaten außer Deutschland besteht, könnte abermals eine Veränderung des Steuer-systems erfordern. Daß im Bundesrath von nichtpreussischer Seite der Antrag auf Einführung des Monopols gestellt werden wird, ist kaum zweifelhaft; die süddeutschen Staaten sind hiesig, schon zur Zeit des alten Zollvereins, für dasselbe eingetreten, was um so charakteristischer ist, da in Baiern und Baden verhältnißmäßig viel mehr Tabak gebaut wird, als in Norddeutschland; jezt ist diese Monopolpartei noch durch das sehr stark tabakbauende Elsaß-Lothringen verstärkt worden. Daß bei hoher Besteuerung das Monopol die dem Tabakbau gänzlichste Erhebungform ist, darüber scheint unter den Sachverständigen Einstimmigkeit zu herrschen; auch für die Raucher, also das Consumentenpublicum, soll, wie vielfach behauptet wird, das Monopol — immer eine hohe Besteuerung des Tabaks vorausgesetzt — am vortheilhaftesten sein; die Gegner des Monopols sind die Händler und diejenigen Nationalöconomen, welche aus Grundsatze jedem Staatsbetrieb, und besonders jedem monopolistischen entgegenstehen. Die Einführung des Monopols würde bei uns allerdings ziemlich umfangreiche Expropriationen, also Entschädigungen der jehigen Fabrikanten bedingen; die jehigen Detailhändler könnte man durch Uebertragung von Verkaufsstellen des Staats entschädigen.

Diese letztere Entschädigung würde denn doch eine sehr unzulängliche sein. Die schweren Bedenken, die dem Project des Tabakmonopols entgegenstehen, haben wir bereits hervorgehoben. Wir können nur wiederholt zur Vorsicht mahnen.

In der „Vöhringer Zeitung“ war folgende Notiz zu lesen: „Als General bezieht Fürst Bismarck seinen Gehalt. Sein amtliches Einkommen setzt sich folgendermaßen zusammen: Er bezieht als Reichsfanzler 54,000 Mark, als preussischer Minister des Aeußern 36,000 Mark und als ehemaliger Minister für Posen 9000 Mark, zusammen 90,000 Mark.“ Die Post kann versichern, daß diese Notiz eine ganz willkürliche und unrichtige sei. Ausweislich de Etats bezieht Fürst Bismarck lediglich 54,000 Mark.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezweifelt, daß die russische Regierung entlich daran denke, Forderungen betreffs der Beschränkung der Durchfahrt durch die Dardanellen für russische Kriegsschiffe aufzuheben. Ein Petersburg'scher Correspondent des Platzes bezeichnet das Berliner Memorandum als den Ausgangspunkt und die Grundlage der russischen Forderungen.

Die „Thüringische Correspondenz“ schreibt: Zu Ende dieses Monats finden Verhandlungen zwischen preussischen, meiningischen und schwarzburg-rudolstadtischen Commissaren über die projectirte Errichtung gemeinschaftlicher Landgerichte in Meiningen und Rudolstadt statt. Auch dürften entweder vorher oder im Anschluß hieran Verhandlungen stattfinden über den Eintritt Preußens in die Vertragsgemeinschaft der thüringischen Staaten über das in Jena zu errichtende Thüringische Oberlandesgericht.

In Wien ist soeben ein offener Brief an Freiherrn Otto von Los in Paris von Herrn Joachim Gschl, dem ehemaligen Redacteur der „Reichsglocke“, erschienen. Die beiden früheren Collegen haben sich verneinigt, da der Herr von Los, dem Andern nicht die versprochenen Gelder gezahlt hat. Der „offene Brief“ portraict Herrn von Los, wie zu erwarten, in einer nicht weniger als schmerzhaften Weise.

Aus Veranlassung des Ablebens des Königs Victor Emanuel legt auch der österreichische Hof vom 15. d. ab eine 16tägige Hoftrauer an.

Im französischen Senat richtete der Herzog Audifret-Pasquier am Sonnabend eine kurze Ansprache an die Versammlung, in welcher er seinen Dank für das ihm durch die Wahl zum Präsidenten von Neuem bewiesene Vertrauen ausdrückte, dessen Werth er jezt mehr als jemals zu schätzen wisse.

Er werde die ihm durch die Wahl auferlegten Pflichten zu erfüllen bestrebt sein.

Im Besien des Königs Humbert, des Prinzen Amadeus und eines glänzenden Stabes fand am Sonnabend die Eideleistung der in Rom stehenden Truppen statt. Dieselben begrüßten den König mit dem Rufe: „Es lebe König Humbert, es lebe der König von Italien!“ Die Bevölkerung geleitete den König unter enthusiastischen Kundgebungen nach dem Quirinal zurüd. — Die Leiche des Königs Victor Emanuel ward von einer großen Menschenmenge besucht. — Die Turiner Zeitungen sprechen den Wunsch aus, daß die Leiche des Königs Victor Emanuel in der Familiengruft von Superga beigesetzt werden möge.

Die „Agence Russe“ hebt hervor, daß langsame Vordringen der Waffenstillstandsverhandlungen erkläre sich durch die große Entfernung, welche die von Petersburg nach den beiden russischen Hauptquartieren in Bulgarien und in Arien gesandten Weisungen zurückzulegen hätten. Bezüglich des Waffenstillstandes selbst wiederholt die genannte Agence, daß das Recht, der Brauch und die Billigkeit es erheischen, daß einem Waffenstillstande, welcher den Frieden zum Zwecke habe, eine Vereinbarung zwischen den Kriegführenden vorgehe, durch welche die Grundlage der Friedenspräliminarien festgelegt würde. Anderen Falles würde ein Waffenstillstand ein dem Besiegten dargebotenes Mittel sein, sich zu erholen, neuen Widerstand vorzubereiten und neues Blutvergießen hervorzurufen.

Nach einer Meldung aus Belgrad ist in der Vereinbarung über die Capitulation der Festung Nisch die Uebergabe sämtlicher dajelbst vorgefundenen Kanonen und aller Vorräthe an Munition und anderem Kriegsmaterial stipulirt. Ferner ist bestimmt, daß die türkischen Truppen von Nisch nach der Ablieferung ihrer Waffen außerhalb des Reiches der serbischen Operationen geführt und sodann freigelassen werden. Die Officiere behalten ihre Säbel. Die Kriegsbeute der serbischen Truppen in Nisch beträgt 150 Geschütze und über 20,000 Hinterlader, welche sich dajelbst im Depot befanden.

Aus Konstantinopel, 12. Januar, wird gemeldet: Die vor den Russen flüchtende Bevölkerung Rumeliens trifft in großen Massen hier ein. Roukstar Pascha ist mit der Besichtigung der hauptsächlichsten Befestigungen beschäftigt. Die hiesigen Blätter wollen von einem größeren Kampfe bei Tatar-Basarbachi wissen.

Club der Kosmophilen.

Den dritten diesjährigen Vortrag hielt am 11. d. Herr Ernst Hagnel aus den Vereinigten Staaten; sein Thema war: Mexiko sonst und jezt.

Die gesammte Vereinwohnerschaft der neuen Welt zerfällt in zwei große Völkfamilien. Eine aus der untersten Stufe der Civilisation, jedem Veredelungsverluste erfolgreich Widerstand leistend, die andere, langgeschicht und geschmückt, eine ebenbürtige Schwester der asiatischen Weltreiche. Zur letzteren gehörte das alte Mexiko. In eingehender Weise veranschaulichte der Redner die Culturhöhe des Reiches der Azteken zur Zeit der Landung von Hernando Cortez. Die religiösen Traditionen der alten Azteken bieten interessante Neulichtkeiten mit denen anderer Völkler, sie berichten von einer Sündfluth, aus der nur ein Mann, Namens Coxco, und sein Weib entkamen, — von der Göttin Cocacoatl, „das Schlangeweib“, so nach den in ihrer Nähe stets dargestellten Schlangen benannt, welche als die vorjüngstliche aztekische Stammesmutter galt, durch welche die Stämme in die Welt kam, — endlich von einem weichen langbürtigen Ranne aus dem Osten, Namens Quetzalcoatl, welcher dem goldenen Zeitalter Anahuac's vorstand, und der geheimnißvoll, wie er gekommen, auf dem atlantischen Ocean wieder verschwand. Doch das gläubige Volk hartte seiner versprochenen Wiederkehr.

In malerischen Bildern entrollte Herr Hagnel das pompöse Leben am Hofe, die Krönung des Kaisers, als Staffage die schrecklichen massenhaften Menschenopfer, die Lebensweise der aztekischen Fürsten, ihre Paläste, Museen und Gärten. Redner behandelte die Stellung der Frauen, die Erziehung beider Geschlechter, die hohe Cultur des Volkes in Künsten und Gewerben, vor Allem in der Goldschmiedekunst. Sonderbarer Weise nannten sie nicht das Eisen, von dem ihre Bergwerke frohket; eine Verbindung von Zinn und Bronze vertrat dessen Stelle für ihre Werkzeuge. Welch schreiender Contrast zwischen dieser Blüthezeit Mexikos und der Gegenwart, Dank der spanischen Civilisation! — Leider zwang die vorgerückte Zeit den Redner, die zweite Hälfte seines überaus interessanten Vortrags zu kürzen. Er war bestrebt, beide Männer, die die Größe Mexikos im 19. Jahrhundert noch einmal aufzurichten versuchten: Maximilian von Oesterreich und Benito Juarez, „der letzte Mexikaner“, Beide als Ehrenmänner darzustellen, ein Jeder

begriffert für seine Pflicht, ohne Furcht und Tadel. Redner wies die niederträchtige Fülle nach, welche der französische Imperator dem unglücklichen Erzherzog stellte, um sich mit Hilfe des elenden Bazaine ein Basallenreich zu gründen. Ergreifend schilderte er, wie die getreue Freundin des gefangenen Kaisers, Prinzessin Salm-Salm, vor Juarez auf den Knien lag und dieser mit Würde antwortete: „Es thut mir leid, Madame, Sie so vor mir zu sehen, aber wenn alle Fürsten der Welt dasselbe thäten, ich würde den Erzherzog nicht retten können.“ Das Volk verlangte seine Hinrichtung. — Maximilian, der es verschmäht hatte, die ihm zur Flucht gebotenen Gelegenheiten zu benutzen, starb von den Kugeln durchbohrt auf den Höhen von Queretaro, und so ward ihm der Wunsch erfüllt, den er in friedlich-sonnigen Tagen einst in seinen Kindern ausgebräut:

„Ich möchte nicht im Thale sterben,
Den letzten Blick denag von Juana...“

Außer diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag bot dieser Club-Abend ein reiches Programm in Gesangsbeiträgen. Vor Allem war es Fräulein Martin, die in Arien aus Figaro's Hochzeit und dem freischüt das Auditorium durch ihre langvolle und mächtige Stimme, verbunden mit anmuthigen Vortrag, entzückte. R. L.

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 13. Januar. Die Gemeinnützige Gesellschaft feiert, wie aus dem Inserat zu ersehen, den 18. Januar, als den Tag, an dem vor 7 Jahren das deutsche Reich errichtet wurde, durch ein im Schützenhause abzuhaltendes Festmahl. Dasselbe beginnt „nach 8 Uhr“, d. h. so, daß diejenigen, welche vorher den Vortrag des Herrn Conf. Rath Dr. Baur im Gewandhause zu hören wünschen, noch rechtzeitig zum Beginn erscheinen können.

* Leipzig, 12. Januar. Das großherzoglich badische Bezirksamt zu Mannheim hat, unter Aussetzung einer Belohnung von dreihundert Mark, eine Bekanntmachung folgenden Inhalts erlassen: „Häfer, Karl, Bierbrauer, zu Albesheim den 10. März 1850 geboren, auf einem Arm die Buchstaben K. H. und ein Rührlod eingez. bis 30. December 1877 in der Brauerei in Drebnia in Sachsen als Braugehilfe gearbeitet, sollte auf Ersuchen seiner Familie Anfangs dieses Monats in seiner Heimath eintreffen, zu welchem Zwecke er seine Koffer an seinen in Albesheim lebenden Bruder abgehandelt hat, auch nach eingetroffenen Nachrichten von Drebnia abgereist ist. Da Karl Häfer bis jezt weder in seiner Heimath eingetroffen ist noch Nachricht von sich gegeben hat, wird vermuthet, es möge demselben ein Unglück zugefallen sein.“ Der Schluß lautet dahin, daß die Behörden das Ersuchen stellen, in Spitälern, Gefängnissen, Gasthöfen, Brauereien u. nach dem Vermögten forschen und eventuell telegraphische Nachrichten nach Mannheim geben zu wollen.

—r. Leipzig, 13. Januar. Der in manchen Gegenden Sachsens auf dem Pande in Scene gelesenen Agitation gegen verschiedene Bestimmungen des Volksschulgesetzes ist es leider gelungen, wenigstens in einem Punkte zum Erfolge zu gelangen. In dem Gesetz war vorgeschrieben, daß spätestens im Jahre 1878 das Turnen überall als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt sein mußte. Gegen diese Bestimmung liefen beim gegenwärtigen Landtage in Dresden Petitionen ein, welche eine Vertagung der Angelegenheit gebiethen. Beide Kammern sind auf diese Wünsche eingegangen, so daß also der obligatorische Turnunterricht in den Volksschulen wieder in unbestimmte Ferne gerückt ist.

△ Aus dem Leipziger Landkreise, 13. Jan. In der am gestrigen Tage abgehaltenen Bezirksversammlung der Leipziger Amtshauptmannschaft ist es leider nicht gelungen, die etwas einseitige Zusammensetzung des Bezirks- und Kreis-ausschusses abzuändern, indem die alten, auscheidenden Mitglieder wieder gewählt worden sind. Dieses Wahlergebnis kann selbstverständlich nicht ungeschehen werden, aber es muß erlaubt sein, die Beschwerde darüber zum Ausdruck zu bringen, daß nach wie vor die Vertreter des platten Landes sich fast allein die Vertretung in dem Bezirksauschusse in Anspruch nehmen, und daß namentlich den großen Industrieorten im Osten von Leipzig auch nicht ein einziges Mitglied im Ausschusse vergönnt wird. Der Bezirksauschusse ist der Natur der Sache nach eine reine Interessensvertretung und aus diesem Grunde würde es der Majorität in dieser Körperschaft wohl angeschlossen haben, die Pflicht der Gerechtigkeit gegen die Orte auf der östlichen Seite von Leipzig zu üben. Für dieses Jahr ist nun wiederum die Thatsache geschehen, daß die Orte Alt- und Reuditz, Volkmarth, Reuditz, Thonberg, Stätteritz u. s. w., welche an die 50,000 Seelen zählen, auch nicht einen einzigen Vertreter weder im Bezirksauschusse, noch im Kreisauschusse haben. Es läuft das auf eine